

Ihre Gesprächspartner/-innen:

Andreas Stangl

Mag.^a Martina Zandonella

Präsident der AK Oberösterreich

Senior Researcher SORA Institute of Social

Research and Consulting

**So leiden die Menschen in
Oberösterreich psychisch:
Vor allem Jugendliche sind betroffen –
AK fordert Ausbau psychosozialer Angebote**

Pressekonferenz

Dienstag, 7. Juni 2022

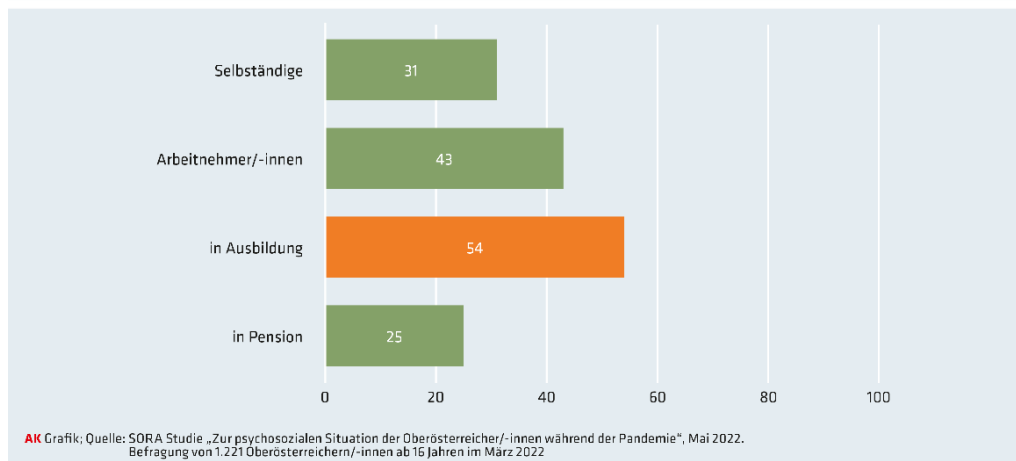
9 Uhr

Die Ergebnisse einer aktuellen Studie des SORA Institute of Social Research and Consulting im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich sind alarmierend: Bei rund 40 Prozent der Oberösterreicher/-innen hat sich die psychische Gesundheit während der Pandemie verschlechtert, bei einem Drittel die körperliche. 18 Prozent der Oberösterreicher/-innen berichten von Suizidgedanken an zumindest einzelnen Tagen in den letzten Wochen vor der Befragung – bei den jungen Menschen bis 25 Jahre sind es sogar 35 Prozent. Obwohl es schon vor der Pandemie Versorgungsengpässe für psychisch belastete Menschen gab und sich die Lage in der Covid-Krise erkennbar zugespitzt hat, fehlt es bis heute an einem breiten, leistbaren Angebot.

Laut AK-Berechnungen auf Basis der Studie können sich 72.500 Hilfesuchende in Oberösterreich das vorhandene Angebot an psychosozialer Unterstützung nicht leisten. Das verursacht neben unsäglichem, vermeidbarem Leid auch hohe Folgekosten durch Fehlzeiten, abgebrochene Ausbildungen, durchwachsene Erwerbsbiographien und frühzeitige Pensionsantritte. Die AK fordert unter anderem den flächendeckenden Ausbau kostenloser und niederschwelliger psychosozialer Angebote.

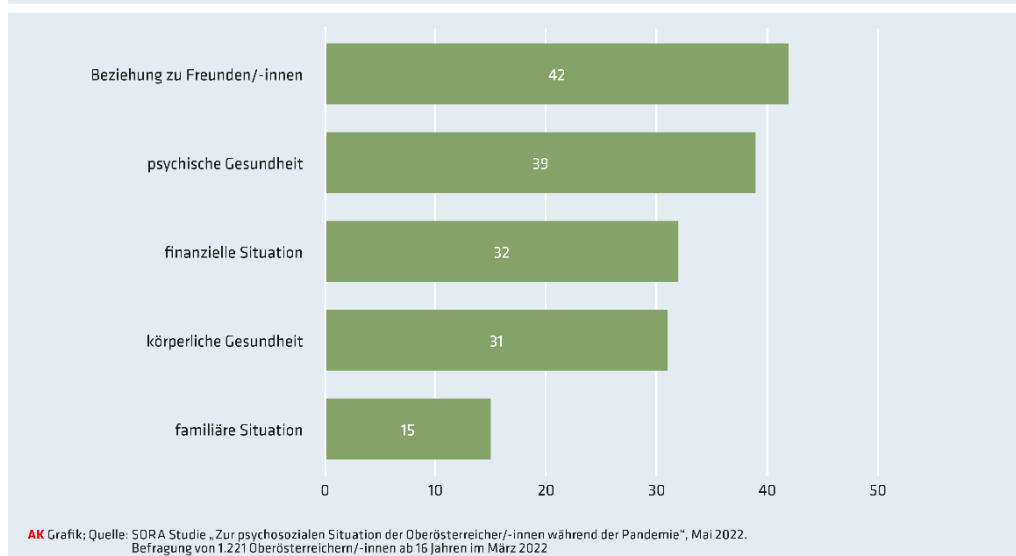
Die AK Oberösterreich beauftragte das SORA Institute of Social Research and Consulting mit einer Umfrage, die unter 1.212 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren telefonisch und online im März 2022 durchgeführt wurde. Obwohl sich Oberösterreich zu diesem Zeitpunkt in keinem Lockdown, sondern bereits in einer Phase der Lockerungen befand, zeigen die Ergebnisse, dass sich die psychische Gesundheit der Oberösterreicher/-innen deutlich verschlechtert hat – in Summe bei 39 Prozent der Befragten. Von den Pensionisten/-innen geben das 25 Prozent an, von den Selbständigen 31 Prozent, von den Arbeitnehmern/-innen 43 Prozent und von den Jugendlichen (16 bis 25 Jahre) sogar 54 Prozent.

INFOLGE DER PANDEMIE PSYCHISCHE GESUNDHEIT VERSCHLECHTERT (IN PROZENT)



Ebenfalls verschlechtert haben sich bei vielen Oberösterreichern/-innen die Beziehung zu Freunden/-innen (42 Prozent), die finanzielle Situation (32 Prozent), die körperliche Gesundheit (31 Prozent) und die familiäre Situation (15 Prozent).

INFOLGE DER PANDEMIE VERSCHLECHTERT (IN PROZENT)



Massiver Einbruch der psychischen Gesundheit bei jungen Menschen

Homeschooling, kaum soziale Kontakte, mehr Zeit mit den Eltern als in diesem Alter gut tut – die Covid-Pandemie mit ihren begleitenden Maßnahmen hat Jugendlichen zwei Jahre lang eine unbeschwertere Zeit des „in die Welt Hinausgehens“ und des Findens ihrer eigenen Identität und Unabhängigkeit nahezu unmöglich gemacht. Gleichzeitig wurden bei den Leistungserfordernissen, etwa Prüfungen und Hausübungen, kaum bis gar keine Abstriche gemacht. Zwei Drittel der befragten Jugendlichen waren von Prüfungs- und Leistungsdruck stark belastet

und haben sich von den öffentlichen Einrichtungen, allen voran den Schulen, im Stich gelassen gefühlt. Einige Zitate der Befragten aus der Studie:

„Mehr Verständnis von den Lehrern hätte ich mir gewünscht“, andere wünschten sich „weniger Prüfungen online“ oder „nicht so viel Druck von der Schule“.

Besonders besorgniserregend ist der Umstand, dass rund 70 Prozent an zumindest einzelnen Tagen unter Hoffnungslosigkeit, unkontrollierbaren Sorgen und Einsamkeit leiden. Ebenso viele machen sich Sorgen um ihre Zukunft – sie haben Angst, den Anschluss an das Leben nachhaltig verloren zu haben. Die Generation, die unsere Zukunft voller Zuversicht gestalten soll, hat demnach zum überwiegenden Teil den Glauben daran verloren. Und dabei kommen die jungen Menschen nicht aus dem „Krisen-Modus“ heraus: Die Klimakrise und der Krieg in der Ukraine samt seinen wirtschaftlichen Folgen sind auch hier in Österreich spürbar. Viele erleben zudem die Probleme ihrer Eltern mit: 54 Prozent berichten von schweren Konflikten zuhause.

Neun von zehn Jugendlichen fühlten sich bei Corona-Maßnahmen nicht ausreichend berücksichtigt

Für die Lehrlinge war der Anschluss und das Lernen im Betrieb gerade in Zeiten der Lockdowns und temporärer Betriebsschließungen eine besondere Herausforderung. Viele von ihnen haben nicht verstanden, warum politische Entscheidungsträger/-innen gerade auf sie als „Fachkräfte von morgen“ komplett vergessen haben. Neun von zehn aller befragten Jugendlichen sahen ihre Bedürfnisse nicht ausreichend in den Covid-Maßnahmen berücksichtigt. Zitat einer/eines Befragten aus der Studie: *„Auf uns Lehrlinge wurde überhaupt nicht geachtet. Dass wir auch unter den Maßnahmen leiden, war allen egal.“*

Mehr als die Hälfte der jungen Befragten (54 Prozent) berichteten von Bedarf an Unterstützung im Bereich Arbeit und Bildung, 41 Prozent in Bezug auf ihre psychische Gesundheit. Mit Blick auf die psychische Gesundheit sind dies derzeit rund 29.500 junge Menschen in Oberösterreich, die sehr oder eher großen Bedarf an Unterstützung und Hilfe haben. Ungefähr 39 Prozent hätten psychosoziale Hilfe gebraucht, haben sie aber nicht in Anspruch genommen bzw. konnten das nicht – vorrangig wegen fehlender Informationen oder zu hoher Kosten. Bei einem Viertel der Jugendlichen hat sich die finanzielle Situation verschlechtert,

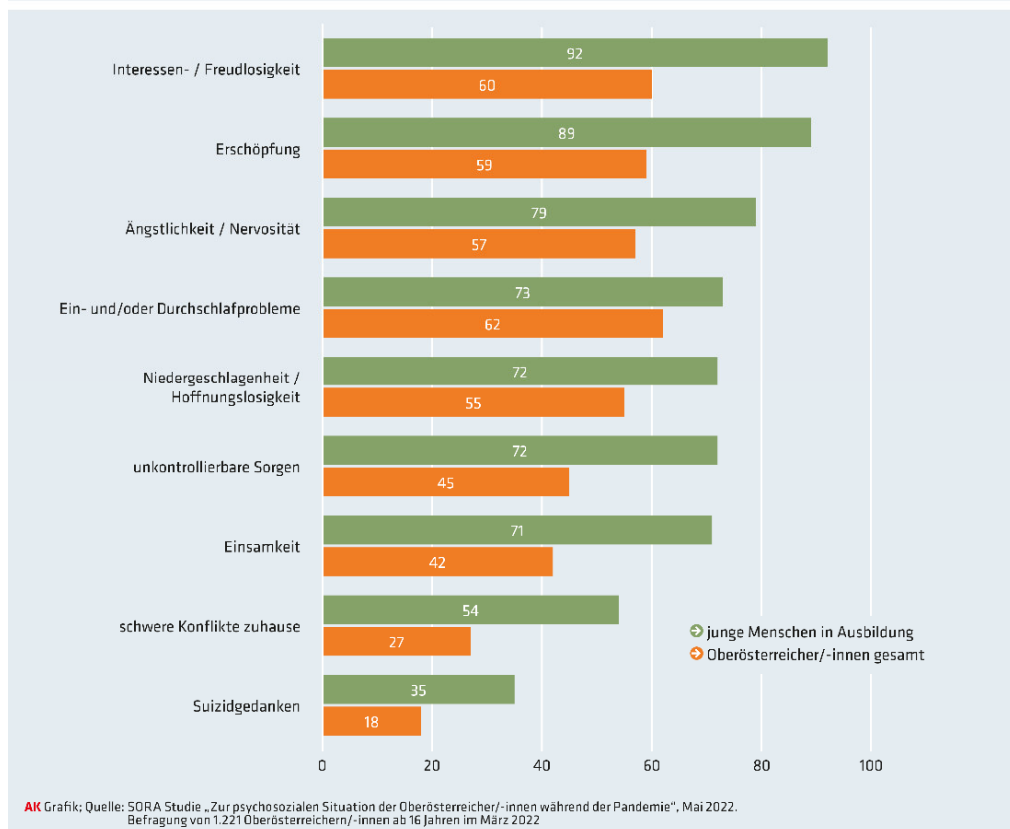
hinzu kommt nun noch die Teuerungswelle in allen Bereichen des Alltags. Einige Zitate aus der Studie: „*Wo finde ich einen Psychologen?*“, „*Die Schule sollte psychologische Hilfe anbieten, dann muss nicht jeder einzeln danach suchen*“, „*Mit jemand reden, der sich mit sowas auskennt – aber das kostet zu viel*“, „*Ich brauche finanzielle Hilfe – meine Eltern haben ihre Arbeit verloren und können mich nicht unterstützen*“.

Freudlosigkeit, Erschöpfung und Suizidgedanken: Bei den Jugendlichen noch höher als bei anderen befragten Gruppen

Als trauriges Resultat liefert die aktuelle Studie unter anderem das Ergebnis, dass 35 Prozent der jungen Menschen in Ausbildung Suizidgedanken an zumindest einzelnen Tagen in den Wochen vor der Befragung hatten. Insgesamt zeigt die Studie deutlich, dass negative Auswirkungen der Pandemie von den Jugendlichen noch stärker wahrgenommen werden als in der oberösterreichischen Bevölkerung gesamt.

So gaben etwa 92 Prozent der Jugendlichen an, zumindest an einzelnen Tagen Interessen- und freudlos gewesen zu sein (Oberöreicher/-innen gesamt: 60 Prozent), 89 Prozent fühlten sich erschöpft (Oberöreicher/-innen gesamt: 59 Prozent), 79 Prozent ängstlich oder nervös (Oberöreicher/-innen gesamt: 57 Prozent), 73 Prozent litten an Ein- und/oder Durchschlafproblemen (Oberöreicher/-innen gesamt: 52 Prozent) und 72 Prozent empfanden Niedergeschlagenheit und/oder Hoffnungslosigkeit (Oberöreicher/-innen gesamt: 55 Prozent).

BEEINTRÄCHTIGUNG DURCH SPEZIFISCHE SYMPTOME AN ZUMINDEST EINZELNEN TAGEN (IN PROZENT)



Große Betroffenheit bei jenen mit geringen finanziellen Mitteln

Quer durch die oberösterreichische Bevölkerung zeigt sich: Negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit machen sich vor allem bei jenen bemerkbar, die auch vor der Pandemie schon mit eher geringen finanziellen Ressourcen ausgestattet waren. Die aktuelle Teuerungswelle tut ihr übriges.

56 Prozent der Menschen, die finanziell ohnehin schon keine Reserven hatten, berichten von einer weiteren Verschlechterung ihrer finanziellen Situation. Im Vergleich trifft dies nur auf zehn Prozent der gut situierten Oberösterreicher/-innen zu. Die Kluft zwischen ökonomisch gut und weniger gut gestellten Personen geht somit immer weiter auseinander.

Engpässe in der psychosozialen Versorgung haben sich verschärft

Bereits vor der Covid-Pandemie war ein Anstieg an Krankenstandtagen aufgrund psychischer Beschwerden zu verzeichnen, lange Wartezeiten für Therapieplätze waren an der Tagesordnung. Gleichzeitig finden viele nicht die leistbare und erreichbare Unterstützung, die sie zeitnah bräuchten. Schon vor Ausbruch der

Pandemie gab es Versorgungsengpässe, die sich in der Covid-Krise durch die stark steigende Anzahl an Betroffenen deutlich verschärft haben. Dennoch war die Politik hier zu zögerlich, und die dringend notwendigen finanziellen Mittel für einen umfangreichen Ausbau der Versorgungsstrukturen haben gefehlt. Damit wurde in Kauf genommen, dass viele Hilfesuchende noch tiefer in eine psychische Krise rutschten.

Ein Bericht der Statistik Austria zur „Stationären psychischen Akutversorgung in Österreich“ zeigte schon im Jahr 2019 deutlich, dass der österreichweite Bedarf an Krankenhausbetten in psychiatrischen Abteilungen das tatsächliche Angebot deutlich überstiegen hat (Bedarf: 4.719 Betten, vorhanden: 4.465 Betten). Rund ein Fünftel des Fehlbestands entfiel auf die Kinder- und Jugendpsychiatrie. Das wiegt umso schwerer, als der stationäre Versorgungsbedarf bei Betroffenen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren höher ist als in jeder anderen Altersgruppe. Negativer Spitzenreiter im Bundesländervergleich ist Oberösterreich, das zwischen 2004 und 2019 mit im Schnitt mehr als 100 Prozent Auslastung die höchste Bettenbelagsquote in psychiatrischen Abteilungen von Akutkrankenanstalten verzeichnete.

Während der Pandemie gerieten die Krankenhäuser durch die Versorgung der Covid-Patienten/-innen zusätzlich unter Druck – auch Kapazitäten in der psychiatrischen Abteilung wurden im Zuge dessen zurückgefahren. Gleichzeitig stieg in der Bevölkerung der Anteil jener, die mit psychischen Problemen zu kämpfen hatten und haben, denn viele Symptomatiken haben sich über den langen Zeitraum aneinander gereihten Ausnahmesituationen verfestigt.

Viele Menschen in Oberösterreich können sich Wahltherapie nicht leisten

Auch im niedergelassenen Bereich reichte das Kontingent an kassenfinanzierten Therapieplätzen schon vor Ausbruch der Pandemie kaum aus. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, hat die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) zwar einen Ausbau um zusätzliche 300.000 Stunden beschlossen. Zeitgerechte Unterstützung ist dadurch aber bei weitem nicht für alle Hilfesuchenden gewährleistet. Der neue Maßnahmenplan der ÖGK soll zeitnah eine bundesweite Versorgung von 1,23 Prozent der Anspruchsberechtigten (88.662) mit psychotherapeutischen Sachleistungen sicherstellen (derzeit 0,95 Prozent bzw. 68.262 Anspruchsberechtigte).

Nicht alle, die übrig bleiben, können sich Wahltherapeuten/-innen leisten. Die Zuschüsse der Krankenkasse machen nur ungefähr 25 Prozent der Kosten aus und sind demnach zu gering. Das führt im Ergebnis zu einer systematischen Unterversorgung aller Personen, die es ohnehin schon aufgrund ihrer sozioökonomischen Verhältnisse (geringer Lohn, kein Arbeitsplatz) schwer haben und läuft unserem solidarischen Sozialversicherungssystem zuwider.

Viele junge Menschen in Ausbildung, Arbeitnehmer/-innen und Eltern, insbesondere Alleinerzieher/-innen, hätten Unterstützung benötigt, haben sie aber oft nicht erhalten. Fast 40 Prozent dieser Menschen gaben an, dass die Inanspruchnahme von Hilfe primär an fehlenden Informationen und den hohen Kosten gescheitert ist. Jede/-r Fünfte mit Unterstützungsbedarf meinte, für sie/ihn seien die Angebote schlichtweg nicht leistbar. Sie sind demnach der Beschränkung der Anzahl an kassenfinanzierter Psychotherapie besonders betroffen.

Das mit 13 Millionen Euro dotierte „Psychotherapie-Paket“ der Bundesregierung greift demnach viel zu kurz. Bei der Initiative „Gesund aus der Krise“ soll das Geld für die psychosoziale Versorgung von jungen Menschen und von Frauen aufgewendet werden. Abgesehen davon, dass sich die Frage stellt, wie die Versorgung der anderen Personengruppen sichergestellt werden soll, wird dieses Angebot nur geschätzt 7.500 Kindern und Frauen österreichweit helfen.

Viele scheitern an niederschweligen Informationen und Erreichbarkeit

Der Hauptgrund, warum keine Hilfe in Anspruch genommen wurde, sind fehlende Informationen. 44 Prozent der Befragten mit Unterstützungsbedarf scheiterten an fehlenden Infos, wo sie sich hinwenden können oder kamen zu dem Schluss, dass es für sie schlichtweg keine Hilfe gibt. Aus Sicht der AK ist das ein unhaltbarer Zustand, der mit einer zentralen, niederschwellig erreichbaren Beratungsstelle, aufgefangen werden könnte.

Ein Fünftel der Menschen scheiterte an der Erreichbarkeit, weil die Angebote zu weit weg oder zu umständlich erreichbar waren. Während 39 Prozent von den befragten oberösterreichischen Städtern/-innen angaben, psychosoziale Beratungsstellen gut zu erreichen, waren dies unter den Befragten aus ländlichen Regionen nur 26 Prozent.

Ein weiteres Fünftel hat sich geschämt, Hilfe in Anspruch zu nehmen – ein Zeichen, dass beim Abbau von Stigmatisierung bei psychosozialen Problemen noch viel zu tun ist.

Die AK fordert: Kostenlose Angebote für alle, die Hilfe brauchen

Monatelange Wartezeiten auf psychotherapeutische Hilfe und überfüllte Psychiatrien in den Krankenhäusern müssen aus Sicht der AK ein Ende haben. Wie für andere gesundheitliche Probleme auch, sollte es ein flächendeckendes, niederschwelliges Angebot über die E-Card geben. Die Planung sollte sich am Bedarf, nicht am Kontingent orientieren. Die AK fordert daher insbesondere:

- **Kostenlose psychosoziale Angebote müssen flächendeckend massiv ausgebaut werden.**

Die Versorgung aller psychisch belasteten und kranken Menschen muss stationär und ambulant sichergestellt werden. Psychotherapie und Sozialarbeit vor Ort (z.B. an den Schulen oder in den Lehrbetrieben) kann präventiv viel dazu beitragen, dass Probleme frühzeitig erkannt und Unterstützung geboten wird. Die Finanzierung wäre über die bei der Kassenreform versprochene Patientenmilliarde denkbar.

- **Eine zentrale, niederschwellig nutzbare, gut beworbene Beratungsstelle,** die an alle vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten vermittelt, würde die Inanspruchnahme erleichtern. Außerdem könnte damit der Bedarf zentral erhoben werden.

- **Der Sozialstaat muss dringend ausgebaut und die Arbeitnehmer/-innen müssen finanziell besser abgesichert werden, um den finanziellen Druck zu reduzieren.**

Notwendig ist eine Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld von 55 auf mindestens 70 Prozent. Der Familienzuschlag wurde seit mehr als 20 Jahren nicht erhöht. Er muss daher sofort für Kinder bzw. Lebenspartner/-innen von 0,97 Euro auf zwei Euro täglich angehoben werden. Die Sozialhilfe muss armutsfest gestaltet werden.

- **Intensive Unterstützung von Lehrlingen:**

Vielen war durch die Lockdown-Unterbrechungen kaum ein Lernen im Betrieb möglich. Gerade für sie braucht es mehr Unterstützungsangebote für eine optimale Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung. Außerdem ist die Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für junge Erwachsene in überbetrieblichen Lehrausbildungen zurückzunehmen.
- **Qualitätssicherung in der dualen Lehrausbildung:**

Bei der betrieblichen Lehrstellenförderung braucht es eine Förderschiene für Betriebe, die sozial benachteiligten Jugendlichen eine Chance geben, niedrige Lehrabbruchsquoten haben und qualitativ ausbilden. Die betriebliche Lehrstellenförderung könnte z.B. auch präventive psychosoziale Angebote im Betrieb fördern.
- **Schüler/-innen benötigen mehr Mitspracherecht und psychosoziale Unterstützung vor Ort.**

Dafür braucht es zusätzliche finanzielle Mittel, um dies institutionell sicherzustellen – am besten verteilt nach dem AK-Chancenindex, wonach Schulen mit besonderen Bedürfnissen auch mehr Budget bekämen. So könnten sie besser auf die Bedürfnisse ihrer Schüler/-innen eingehen, sei es mit mehr schulischer Förderung, der Erweiterung des psychosozialen und sozialpädagogischen Angebots an den Schulstandorten oder mehr Bewegungs- und Freizeitaktivitäten.